

Gesellschaft » "Wehrpflichtarmeen wurden immer eingeführt, um Kriege zu führen."

**INTERVIEW** PETER TOBIASSEN

## "Wehrpflichtarmeen wurden in der Vergangenheit immer aufgebaut, um Kriege zu führen"



Dienst am und für das Volk? Die Debatte über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht erhitzt die Gemüter, nicht nur bei den Parteien.  
© Getty Images



von **Kerstin Herrnkind**  
18.05.2024, 08:44 • 6 Min.

**MERKEN**

Die Parteien diskutieren über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, mancher träumt gar vom "Dienst für das Land". Und der Sozialarbeiter Peter TobiasSEN? Hat sich 30 Jahre für Kriegsdienstverweigerer eingesetzt und glaubt, dass Wehrpflichtige bloß Kanonenfutter in den Schützengräben wären.

Herr TobiasSEN, trommeln Sie jetzt wieder Ihre alten Vereinsmitglieder zusammen, um eine neue "Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen" zu gründen?



**Zugang zu allen STERN PLUS-Inhalten und Artikeln aus dem Print-Magazin**

werbefrei & jederzeit kündbar

**30 TAGE FÜR 1€ TESTEN >**

Bereits registriert? [Hier anmelden](#)

### MEHR ZUM THEMA



**MEINUNG**

#### KRIEGSTÜCHTIGKEIT

Wir brauchen keine Wehrpflicht, sondern ein soziales Pflichtjahr!



#### DIENST AN DER WAFFE

Debatte um Wehrpflicht - so machen es andere Staaten!

["Wehrpflichtarmeen wurden immer eingeführt, um Kriege zu führen." | STERN.de](#)

<https://www.stern.de/gesellschaft/-wehrpflichtarmeen-wurden-immer-eingefuehrt--um-kriege-zu-fuehren---34708660.html>

**Herr TobiasSEN, trommeln Sie jetzt wieder Ihre alten Vereinsmitglieder zusammen, um eine neue "Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen" zu gründen?**

Sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, wird es sicher auch wieder eine zentrale Einrichtung geben müssen, die sich für die Rechte der Zwangsverpflichteten einsetzt. Allerdings glaube ich nicht, dass die CDU ihren Parteitagsbeschluss umsetzen

wird. Die Wehrpflicht wurde 2011 unter einem CSU-Verteidigungsminister ausgesetzt, weil es darum ging, jährlich sechs Milliarden Euro an "sinnlosen" Betriebs- und Strukturkosten der Bundeswehr einzusparen, um einen großen Teil dieses Geldes für "sinnvollere" wehrtechnische Beschaffungen ausgeben zu können. Damals wurde zunehmend deutlich, dass die Ausbildung zum Soldaten wegen der technischen Anforderungen länger dauert als die Zeit, die den jungen Männern als Wehrdienstdauer zugemutet werden kann. Rechnerisch kostete jeder über den Grundwehrdienst gewonnene Zeitsoldat mehr als 180.000 Euro. Diesen Betrag hätte man also auch als Verpflichtungsprämie ausloben und sich dann vor freiwilligen Bewerbern vermutlich kaum retten können.

**Von 1956 bis 2011 gab es in Deutschland eine Wehrpflicht. Männer im wehrfähigen Alter mussten zum Wehrdienst einrücken. Aber es gab schon damals mehr wehrfähige Menschen als die Bundeswehr brauchte. Offiziell gab es einen Überhang zwischen 50.000 und 100.000 Mann. Ob Mann damals gezogen wurde oder nicht, glich einer Lotterie. Es gab keine Wehrgerechtigkeit, was die Zentralstelle immer wieder betont hat. Nun kommen auch noch die Frauen dazu. Ist eine Wehrgerechtigkeit in Zukunft möglich?**

Die Wehrpflicht ist ausgesetzt. Die Gesetze gibt es also noch und könnten vom Bundestag durch einfachen Beschluss wieder in Kraft gesetzt werden. Allerdings würde das Bundesverfassungsgericht diese Gesetze sofort kassieren. Da inzwischen in allen Bereichen der Bundeswehr auch Soldatinnen tätig sind, ist eine Wehrpflicht nur für Männer nicht mehr denkbar. Jeder Geburtsjahrgang hat mehr als 700.000 Männer und Frauen. Großzügig gerechnet sind zehn Prozent untauglich und zehn Prozent unterfallen so genannten Wehrdienstausnahmen. Bleiben also 560.000, die in einen staatlich geordneten Dienst gebracht werden müssen. Die Wehrpflichtbundeswehr hatte zum Schluss deutlich unter 100.000 Wehrpflichtplätze. Wo sollen die 460.000, die die Bundeswehr nicht braucht, dienen?

**Voraussetzung für eine in Artikel 12a Grundgesetz geregelte Wehrpflicht ist die Wehrgerechtigkeit. Aber es gibt auch den Artikel 12, nach dem niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden darf, es sei denn, es handelt sich um eine herkömmliche allgemeine für alle gleiche öffentliche Dienstpflicht. Wie soll das für die bei der Bundeswehr nicht gebrauchten Männer und Frauen gehen?**

Alle, die über eine allgemeine Dienstpflicht – oder wie auch immer verklausuliert umschrieben – nachdenken, übersehen, dass eine solche nach dem Grundgesetz nicht eingeführt werden darf. Artikel 12 Grundgesetz erlaubt allenfalls herkömmliche regionale Dienstpflichten, wie zum Beispiel die Feuerwehrdienstpflicht oder die Deichschutzpflicht, wenn es auf freiwilliger oder beruflicher Basis nicht zu regeln ist. Der Arbeitsdienst des Dritten Reichs wurde durch das Wort "herkömmlich" ausdrücklich nicht zugelassen. Aber das Grundgesetz könnte der Bundestag ja ändern. Allerdings müsste Deutschland sich dann auch von der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit der ILO verabschieden. Beide verbieten eine allgemeine Dienstpflicht. In der Praxis gibt es sie auch in fast keinem Land der Erde, allenfalls Diktaturen wie in Myanmar neigen dazu.

**Die jungen Leute fangen ein Jahr später mit Ausbildung und Studium an, stehen dem Arbeitsmarkt später zur Verfügung.**

Genau, das würde den Fachkräftemangel noch einmal um mindestens eine halbe Millionen wegen der Wehrpflicht fehlende Arbeitskräfte verschärfen. Die deutsche Wirtschaft würde dadurch erheblich geschädigt. Das dürfte kaum im Interesse der CDU sein.

**Das Recht, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern, besteht nach wie vor. Glauben Sie, dass im Falle einer neuen Wehrpflicht viele Menschen verweigern werden? Und werden die Verfahren so nervenaufreibend wie früher? Oder wird es einfacher?**

Regelt der Bundestag eine Wehrpflicht, so muss nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sichergestellt werden, dass nur diejenigen verweigern dürfen, die eine Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst mit der Waffe getroffen haben. Es würde also bei dem Verfahren bleiben müssen, das 2011 galt. Ein Wahlrecht hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich verneint. Deshalb kann nicht geregelt werden, dass diejenigen, die lieber einen sozialen Dienst leisten, einfach von der Wehrpflicht befreit werden.

**Bundesverteidigungsminister Pistorius sagt, es sei ein Fehler gewesen, die Wehrpflicht auszusetzen. Was antworten Sie ihm?**

Verteidigungsminister zu Guttenberg hat damals die Fortentwicklung der Bundeswehr gerettet, als er sich gegen die Verschwendung von Haushaltsmittel und für neue Beschaffungsprogramme entschied. Soldatinnen und Soldaten wirbt man durch eine anständige Behandlung in der Truppe und durch eine gute Bezahlung. Außerdem kann die Bundeswehr dann bestimmen, wenn sie nimmt und wen nicht. Wenn Soldatinnen und Soldaten über eine Wehrpflicht rekrutiert werden, muss jede und jeder genommen werden. Die rechtsradikalen Umtriebe in der Bundeswehr entfielen bis 2011 zum überwiegenden Teil auf Wehrpflichtige. Das ist alles in den Berichten der Wehrbeauftragten nachzulesen. Ein Schlagwort in einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr lautete damals: Links in den Zivildienst und rechts in die Bundeswehr.

**Es würde angeblich einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten, die Strukturen für eine Wehrpflicht wieder aufzubauen. Ist das überhaupt realistisch? Und wie lange würde es dauern?**

Ich vermute, dass es einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag kosten wird. Die Bundeswehr braucht für 100.000 Wehrdienstleistende, die jeweils ein Jahr dienen, neue Kasernen, Bekleidung und Waffen. Außerdem werden etwa 60.000 weitere Zeit- und Berufssoldaten und -soldatinnen gebraucht, die die Wehrpflichtigen Jahr für Jahr ausbilden und durch ihre Wehrdienstzeit begleiten. Weiter muss die ganze Struktur der Bundeswehrverwaltung wieder aufgebaut werden. Über 700.000 Musterungen und 560.000 Eignungsuntersuchungen pro Jahr sind ja kein Selbstläufer. Gleichzeitig muss natürlich auch der Dienst der 460.000 nicht in der Bundeswehr gebrauchten Frauen und Männer pro Jahr organisiert, begleitet und finanziert werden. Das wird jedes Jahr viele zusätzliche Milliarden Euro kosten.

## **Haben Sie Angst vor einem Krieg?**

Nein! Aber ich habe Angst vor Politikern, die auf einen Krieg hinarbeiten. Wehrpflichtarmeen wurden in der Vergangenheit immer aufgebaut, um Kriege zu führen und Menschen in Schützengräben und Stellungskriegen zu verheizen. Russland und die Ukraine haben beide Wehrpflichtarmeen und tun genau das. Im 20. Jahrhundert haben Diktoren wie Hitler, Mussolini, Stalin und Franco die Wehrpflicht eingeführt, um menschenverachtende Kriege zu führen. In diese Reihe muss sich Deutschland nun wahrlich nicht stellen.

**Jetzt mal Hand aufs Herz. Die Bedrohung real, das hat der Ukraine-Krieg gezeigt. Die Ukraine wurde angegriffen und verteidigt sich jetzt - auch mit Wehrpflichtigen. Im Verteidigungsfall hätte Deutschland zu wenig Soldaten und Reservisten. Wie soll sich Deutschland verteidigen, wenn nicht durch eine Wehrpflicht?**

Für Konflikte mit anderen Staaten ist das Außenministerium und die Diplomatie zuständig. Hier hat Deutschland sich in der Vergangenheit nicht mit Ruhm bekleckert. Die energiepolitische Abhängigkeit von einem Land rächt sich in sich zuspitzenden Situationen erheblich. Die Osterweiterung der NATO – ohne dabei die russischen Sicherheitsinteressen im Blick zu haben – hat sich ebenfalls als nicht hilfreich erwiesen, die zurückhaltende Unterstützung und Nutzung von Institutionen wie die OSZE ebenfalls. Diplomatie muss in der Lage sein, durchgeknallte politische Führungen in einem Land rechtzeitig zu erkennen. Nur auf abwehrende sicherheitspolitische Logiken zu setzen führt in Unsicherheit und wie im Fall des russischen Überfalls auf die Ukraine in die Katastrophe. Eine friedenslogisch ausgerichtete Außenpolitik hat nicht nur die Interessen des eigenen Landes im Blick, sondern auch die Interessen der Gesprächs- und Verhandlungspartner. Wehrpflichtige Soldatinnen, Soldaten und Reservisten und Reservistinnen sind nichts anderes als Kanonenfutter in den Schützengräben. Sie entscheiden keine Kriege und sorgen schon gar nicht für die Sicherheit eines Landes. Wenn es eine militär-gestützte Sicherheitspolitik geben soll, dass kann das nur über gut ausgebildete, sich freiwillig langjährig verpflichtende Soldaten und Soldatinnen geschehen, die das hochkomplexe Militärgerät auch bedienen können.

**Sie plädieren also für eine Berufsarmee?**

Wenn überhaupt Militär, dann nur freiwillig. Zwangsdienste widersprechen einer freien Demokratie.

Das Interview wurde, weil Tobiassen in den USA ist, in schriftlicher Form geführt.